

### Deutsche Friedensnote an U Thant überreicht

Am 25. März 1966, dem gleichen Tage, an dem die Note zur deutschen Friedenspolitik in mehr als einhundert Hauptstädten den Regierungen aller Länder, mit denen die Bundesrepublik Deutschland Beziehungen hat, sowie ferner den Regierungen der osteuropäischen und der arabischen Staaten übermittelt wurde, überreichte der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter von Braun, Generalsekretär U Thant ein Exemplar der Note und gab mündlich einige Erklärungen dazu ab. Eine Unterrichtung des Generalsekretärs über internationale Initiativen dieser Art ist bei den Vereinten Nationen durchaus üblich, besonders wenn, wie in der deutschen Note, Fragen der Abrüstung und Themen behandelt werden, die zum aktiven Aufgabenkreis der UNO gehören. U Thant hat die Note mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und eingehendes Studium zugesagt. Von Experten des Sekretariats wurde die Note als ein wichtiger Beitrag zur internationalen Abrüstungsdebatte bezeichnet, die sorgfältige Prüfung verdiene und sehr wohl dazu beitragen könne, die Bemühungen um Abrüstung zu fördern. Unter den UN-Delegierten und Journalisten, denen der Text der Note gleichzeitig durch die Beobachtermission zugänglich gemacht wurde, lösten die Vorschläge der Bundesregierung lebhaft Diskussionen aus, wobei Zeitpunkt und Ton der offiziellen deutschen Darstellung als sehr passend hervorgehoben und eine nachhaltige Wirkung der deutschen Friedensinitiative nach ihrem eingehenden Studium und nach Abklingen der ersten propagandistischen Ostblockreaktion vorausgesagt wurde.

### Deutsche Kapitalbeteiligung an Asiatischer Entwicklungsbank

Die mit einem Kapitalbetrag von 1 Mrd. Dollar gegründete Asiatische Entwicklungsbank, deren Satzung Anfang Februar 1966 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, feierlich übergeben wurde, sieht eine größere Kapitaltranche außerasiatischer Industrieländer vor. Der ursprünglich vorgesehene deutsche Anteil von 30 Mill. Dollar wurde kurz vor Schließung der Zeichnungsliste auf 34 Mill. erhöht, als sich herausstellte, daß andernfalls der vorgesehene außerasiatische Kapitalanteil nicht erreicht werden könnte. Ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland hat auch Italien in letzter Stunde seinen Kapitalanteil erhöht, und zwar von 15 auf 20 Mill. Dollar. Mit seinem nunmehrigen Anteil steht Deutschland nach den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle der außerasiatischen Kapitalgeber, an dritter Stelle folgt Großbritannien.

### Tagung der Weltorganisation für Meteorologie in der Bundesrepublik

Mit den fachlichen Aufgaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) beschäftigen sich neben dem Kongreß, dem Exekutivausschuß und den sechs Regionalverbänden insbesondere die Fachkommissionen. In sie können alle Mitglieder ihre Vertreter entsenden. Die WMO hat acht Fachkommissionen, die in der Regel alle vier Jahre tagen, um Fachfragen zu erörtern und dem Kongreß und dem Exekutivausschuß entsprechende Empfehlungen vorzulegen. Es gibt Fachausschüsse für Agrarmeteorologie, für Flugwetterdienst, für Klimatologie, für Maritime Meteorologie u. a. Einer der wichtigsten ist der Fachausschuß für Synoptische Meteorologie. Er befaßt sich mit allen Fragen, die mit der Wettervorhersage zusammenhängen.

Im Herbst 1962, als der Generalsekretär der WMO, Mr. Davies, offiziell die Bundesrepublik besuchte, hatte die Regierung die Organisation eingeladen, ihre für 1966 vorgesehene Tagung des Fachausschusses für Synoptische Meteorologie in Deutschland zu veranstalten. Die WMO stimmte der Einladung zu, und so tagten vom 8. März bis 2. April 1966 im Kurhaus Wiesbaden 121 Delegierte aus 54 Ländern sowie die Beobachter von 5 internationalen Organisationen über wetter-

dienstliche Probleme. An der Eröffnungssitzung nahm auch Generalsekretär Davies teil; als sein Vertreter blieb Dr. Langlo, der Leiter dieser Fachabteilung im Sekretariat der WMO, mit einigen Mitarbeitern bis zum Ende der Tagung.

Dr. Seiermann, der Staatssekretär vom Bundesverkehrsministerium, begrüßte im Namen der Bundesregierung die ausländischen Gäste, unter denen sich auch zahlreiche Vertreter der Ostblockstaaten befanden. Er erinnerte daran, daß die auch heute noch junge Wissenschaft der Meteorologie in Europa eine frühe Pflege und Anwendung fand und daß nicht weit von der Tagungsstätte, in Mannheim, im Jahre 1780 die Societas Meteorologica Palatina gegründet worden war, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, regelmäßige Wetterbeobachtungen innerhalb eines weiten Bereichs der Nordhalbkugel zu sammeln. Er wies ferner auf die Leistungen der Engländer, Franzosen, Holländer und Österreicher bei der Entwicklung von Wettervorhersagediensten im 19. Jahrhundert in Europa hin und wünschte der Tagung vollen Erfolg zum Nutzen der Menschheit. Die Hessische Landesregierung, die Stadt Wiesbaden und der Präsident des Deutschen Wetterdienstes, Dr. Bell, schlossen sich diesen Wünschen an. In ihren Antwortadressen wiesen der Präsident der Fachkommission, der Inder Dr. Sen, und Generalsekretär Davies auf die bedeutenden Beiträge Deutschlands in der Meteorologie und in der derzeitigen internationalen Zusammenarbeit der Wetterdienste hin.

In den darauffolgenden 3 $\frac{1}{2}$  Wochen haben die Delegierten in ausgedehnten Plenar- und Ausschusssitzungen zahlreiche Fragen behandelt und einer Lösung zugeführt. In mühsamer Arbeit wurden die sogenannten Wetterschlüssel, die es ermöglichen, alle Wetterbeobachtungen und Meldungen in eine allgemeingültige und auf der ganzen Erde verständliche Form zu bringen, überarbeitet und den neuen Entwicklungen angepaßt. Dabei wurden die Forderungen der wichtigen Benutzer des Wetterdienstes, der Luft- und Seefahrt, berücksichtigt.

Umfangreiche Diskussionen waren notwendig, bis auf dem Gebiet des Wetterfernmeldebewesens weitgehende Übereinstimmungen über die künftigen Planungen erzielt werden konnten. Sie standen ganz unter dem Eindruck der Entwicklung der sogenannten Welt-Wetter-Überwachung, eines Systems, das zum Ziel hat, die Beobachtungsdienste auf der Erde auszudehnen, insbesondere in heute noch beobachtungsarmen Gebieten der Kontinente und Weltmeere, um die Unterlagen für die Wettervorhersagen in allen Ländern weiterzuentwickeln. Hierzu gehören auch Wetterschiffe, Wettersatelliten, automatische Stationen an Land und auf See sowie sonstige technische Hilfsmittel. Die mit ihrer Hilfe gewonnenen Beobachtungsdaten rasch und zuverlässig zu verbreiten und auszutauschen bedarf einer gut funktionierenden Fernmeldeorganisation. Die nunmehr entwickelten Pläne sehen vor, daß die bisher schon wichtige Stellung des Deutschen Wetterdienstes im weltweiten Datenaustausch mit einer Zentrale im Zentralamt in Offenbach erhalten bleibt bzw. noch ausgebaut wird. Die moderne Datenverarbeitungsanlage des Deutschen Wetterdienstes und seine bestehenden Fernmeldeverbindungen nach allen Seiten haben dazu wesentlich beigetragen.

In zahlreichen Einzelerörterungen, an denen sich die Vertreter von Entwicklungsländern intensiv beteiligten, wurden die Möglichkeiten der Verbesserung der Wettervorhersagen erörtert. Daß hier keine raschen Ergebnisse zu erwarten sind, daß langfristig geplant und Schritt für Schritt vorgegangen werden muß, war allen Beteiligten klar.

Großen Anklang fand eine einwöchige Ausstellung von Wetterdienstgeräten deutscher Firmen in der Empfangshalle des Kurhauses Wiesbaden, wobei die Herstellung aktueller Wolkenaufnahmen, die in Offenbach von dem US-Wettersatelliten ESSA II aufgenommen und nach Wiesbaden übertragen wurden, besonderen Eindruck hinterließ.

Auf Einladung der Bundesregierung, der Hessischen Landesregierung und der Stadt Wiesbaden fanden einige Veranstal-

tungen gesellschaftlicher und geselliger Art statt, die auch Eindrücke von Landschaft und Kultur des Gastlandes vermittelten. In den Schlußansprachen kamen Dank und Anerkennung für die gute technische Abwicklung und persönliche Betreuung der Teilnehmer, die in Händen des Deutschen Wetterdienstes lag, beredt zum Ausdruck.

### Deutscher Beobachter bei der Tagung der Menschenrechtskommission

An den wichtigsten Sitzungen der 22. Tagung der Kommission für Menschenrechte, die vom 8. März bis 4. April 1966 in New York stattfand, nahm als Spezialist für Menschenrechte Ministerialrat Dr. Albrecht Zorn vom Bundesjustizministerium zur Beobachtung teil. Es wird ihm obliegen, die spätere Ratifikation der Konvention für Menschenrechte auf deutscher Seite vorbereiten zu helfen.

### Vorbereitung der UN-Organisation für Industrielle Entwicklung

An den Sitzungen des Vorbereitungsausschusses für die Errichtung der neuen UN-Organisation für Industrielle Entwicklung (United Nations Organization for Industrial Development, UNOID) hat die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied teilgenommen und die Überleitung des Center for Industrial Development in die neue Organisation vorbereiten helfen. Deutschland war durch Botschaftsrat Dr. Sartorius von der Beobachtermission vertreten. Die Bundesrepublik wird sich an der Finanzierung voraussichtlich mit 1 Mill. Dollar beteiligen. Der Betrag wird dem UN-Entwicklungsprogramm für das Jahr 1966 zusätzlich zu den bisherigen Leistungen von 8 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt (vgl. Tabelle über die Bundesleistungen an die Vereinten Nationen und Sonderorganisationen in VN Heft 1/66 S. 33). Die Vorschläge des Vorbereitungsausschusses, dessen Sitzungen am 8. April 1966 abgeschlossen wurden, werden der nächsten Tagung des ECOSOC in Genf im Juli vorgelegt werden. Der Ausschuß für Industrielle Entwicklung, der vom 26. April bis 5. Mai 1966 in New York tagen soll, wird anschließend voraussichtlich aufgelöst werden, da seine Aufgaben von UNOID übernommen werden. Verwaltung und Forschungsarbeit der neuen Organisation werden aus dem laufenden Budget der Vereinten Nationen finanziert, während die eigentlichen Operationen aus

freiwilligen Beiträgen, wie dem vorgesehenen deutschen Beitrag, erfolgen sollen.

### SPD-Fraktionsvorsitzender Erler besuchte U Thant

Am Abschluß seiner Reise in die Vereinigten Staaten hielt sich der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Fritz Erler, für einige Tage in New York auf. Er hatte Gelegenheit, wie schon bei seinem vorjährigen Besuch, sich einige Zeit mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, zu unterhalten, wobei auch die deutsche Note zur Friedenspolitik erwähnt wurde. Erler wurde vom deutschen Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter von Braun, begleitet. Zu Ehren von Erler gab von Braun ein Frühstück, an dem auch einige UN-Botschafter teilnahmen.

### Sommer-Seminar der WFUNA in Paris

Der Weltverband der nationalen UN-Gesellschaften (World Federation of United Nations Associations, WFUNA) führt seine 20. Summer-School vom 5. bis 15. Juli 1966 in Paris durch. In der Regel finden die Seminare in Genf, am Weltsitz des Verbandes, statt. Die diesjährige Verlegung erfolgt anlässlich des 20jährigen Bestehens der UNESCO, der Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Wissenschaft, Erziehung und Kultur, die ihren Sitz in Paris hat und in deren Räumen das Seminar stattfindet. Entsprechend lautet das diesjährige Seminar-Thema »20 Jahre UNESCO«. Die UNESCO stellt als Referenten und als Leiter der Seminargruppen erste Sachverständige. Folgende Einzelthemen sind u. a. zu nennen: UNESCO in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; Erziehung für das 21. Jahrhundert; Beseitigung des Analphabetentums – die Aufgabe unserer Zeit; UNESCO und Jugend; UNESCO und Menschenrechte; Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit; das Verhältnis von Kultur und Technik; UNESCO's Beitrag für die internationale Verständigung; UNESCO's Studien über die langfristigen Folgen der Abrüstung. – Den Teilnehmern wird wie üblich Gelegenheit zu kulturellen und geselligen Veranstaltungen geboten. – Die Teilnahme ist vor allem gedacht für Leiter von Jugendorganisationen und für Pädagogen. Die Beherrschung von Englisch oder Französisch wird vorausgesetzt. Interessierte Mitglieder der DGVN wollen sich umgehend beim Sekretariat, Bonn, Simrockstraße 23 melden.

## Entschlüsseungen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats

### zu Zypern, Südrhodesien, Ost-West-Beziehungen und zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten

#### Zypern

**SICHERHEITSRAT** – Gegenstand: Die Zypernfrage. – Entschlußung 220 (1966) vom 16. März 1966

Der Sicherheitsrat,

- in Kenntnis des Berichts des Generalsekretärs vom 10. März 1966 (S/7191), demzufolge angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse die Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern weiterhin erforderlich ist, wenn der Frieden auf der Insel erhalten bleiben soll,
  - in Kenntnis der Einwilligung der Regierung Zyperns, daß es angesichts der auf der Insel herrschenden Verhältnisse notwendig ist, die Truppe über den 26. März 1966 hinaus bestehen zu lassen,
  - im Hinblick darauf, daß nach dem Bericht des Generalsekretärs das zugrunde liegende Problem noch ungelöst ist,
1. bestätigt seine Entschlüsseungen vom 4. März (S/5575), 13. März (S/5603), 20. Juni (S/5778), 9. August (S/5868), 25. September (S/5987) und 18. Dezember 1964 (S/6121), seine vom Präsidenten am 11. August 1964 auf seiner 1143. Sitzung zum Ausdruck gebrachte allgemeine Übereinstimmung und seine Entschlüsseungen 201 (1965) vom 19. März, 206 (1965) vom 15. Juni, 207 (1965) vom 10. August und 219 (1965) vom 17. Dezember 1965;

2. drängt die beteiligten Parteien, mit äußerster Zurückhaltung zu handeln und verschiedene Anstrengungen zur Verwirklichung der Ziele des Sicherheitsrats zu machen;

3. verlängert abermals die Stationierung der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern, die aufgrund der Entschlüsseung des Sicherheitsrats vom 4. März 1964 aufgestellt wurde, für einen weiteren Zeitraum von 3 Monaten bis zum 26. Juni 1966 in der festen Hoffnung, daß nach Ablauf dieses Zeitraums eine wesentliche Annäherung an eine Lösung erreicht worden ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Anmerkung: Zu den oben genannten Entschlüsseungen siehe VN Heft 2/64 S. 77, 4/64 S. 153, 5/64 S. 192, 1/65 S. 32, 2/65 S. 71, 4/65 S. 144, 5/65 S. 183, 1/66 S. 32.

#### Südrhodesien

**SICHERHEITSRAT** – Gegenstand: Die Südrhodesienfrage. – Entschlüsseung 221 (1966) vom 9. April 1966

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf seine Entschlüsseungen 216 vom 12. November 1965 und 217 vom

20. November 1965 und insbesondere auf seine Aufforderung an alle Staaten, ihr Äußerstes zu tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südrhodesien abzubrechen, einschließlich einer Einfuhrsperre für Erdöl und Erdölprodukte,

- in ernster Sorge über Berichte, daß erhebliche Mengen Erdöl nach Rhodesien gelangen könnten, da ein Öltanker in Beira eingetroffen ist und sich ein weiterer Tanker nähert, was dazu führen könnte, daß bei Zustimmung der portugiesischen Behörden das Pumpen durch die Ölleitung der CPMR wiederaufgenommen wird,
  - in Anbetracht, daß derartige Lieferungen das unrechtmäßige Regime in Südrhodesien beträchtlich unterstützen und ermutigen und es dadurch in den Stand setzen, länger bestehen zu bleiben,
1. stellt fest, daß die sich so ergebende Lage eine Bedrohung des Friedens darstellt;
2. fordert die portugiesische Regierung auf, nicht zuzulassen, daß Erdöl durch die Ölleitung von Beira nach Rhodesien gepumpt wird;
3. fordert die portugiesische Regierung auf, kein für Rhodesien bestimmtes Erdöl in Beira anzunehmen;
4. fordert alle Staaten auf, zu gewährleisten, daß ihre Schiffe, von denen anzunehmen ist, daß sie für Rhodesien bestimmtes Erdöl